Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

5.9.1931 (No. 206)

Visual Library

Nr. 206 Samstag, den 5. September 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Völkerbundsratssitzung

Der Völkerbundsrat hat folgende Entschließung gefaßt: „Angesichts der dem Völkerbunde obliegenden Verantwortung spricht der Rat den Wunsch aus, daß entsprechend den im Mandatsausschuß aufgestellten Grundsätzen, aber nur nach gründlicher Prüfung jedes einzelnen Falles, festgestellt werden soll, ob ein **Mandatsgebiet**, dessen Emanzipation vorgeschlagen wird, zur Unabhängigkeit reif ist. Der Völkerbundsrat muß naturgemäß mit größter Sorgfalt alle Verpflichtungen der Mandatsgebiete gegenüber der Mandatsmacht prüfen, um sich zu vergewissern, daß sie mit der Unabhängigkeit vereinbar sind und daß insbesondere der Grundsatz der wirtschaftlichen Gleichberechtigung gewahrt ist."

Der Gegenstand, zu dem der österreichische Vizekanzler **Schober** in der Freitagnachmittag-Sitzung des Völkerbundsrates das Wort ergriffen hat, betrifft das im August d. J. von der österreichischen Regierung gestellte Ansuchen an den Völkerbund. Die österreichische Regierung ist von der Erkenntnis ausgegangen, daß die gegenwärtige Krise mit eigenen Mitteln nicht bekämpft werden kann. Entgegen anderslautenden Auffassungen erwartet Österreich, wie von maßgebender Stelle verlautet, von der Intervention des Völkerbundes bzw. des Finanzkomitees lediglich einen „moral support" für eine **günstige Anleihetransaktion**, die vorgenommen werden wird, sobald die Kapitalmärkte wieder aufnahmefähig sein werden. Die Frage der Emission von 150 Millionen Schilling österreichischer Schatzscheine hat mit der heutigen Befassung des Völkerbundes nichts zu tun. Die Begebung dieser Anleihe ist, soweit Kontrollinstanzen zu passieren waren, bereits bewilligt.

Im weiteren Verlauf der Ratssitzung lenkte der Vertreter Großbritanniens, Lord Robert **Cecil**, bei der Behandlung des Berichtes der Kommission für geistige Zusammenarbeit die Aufmerksamkeit des Rates noch auf eine Entschließung, die diese Kommission zur Abrüstungsfrage gefaßt hat und in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß mit Rücksicht auf die jetzige kulturelle Entwicklung die Last der **Rüstungen vermindert** und die allgemeine Abrüstungskonferenz im Februar nächsten Jahres Erfolg haben werde.

Saaten- und Erntestand im Deutschen Reich Anfang September

Durch das niederschlagsreiche Wetter im August ist die weitere Durchführung der **Getreideernte** empfindlich gestört worden. In einzelnen Gebieten stehen die Halmfrüchte teils geschnitten, teils ungeschnitten noch auf dem Felde. Das Getreide hat durch die Nässe nicht unerheblich gelitten. Insbesondere sind beim Sommergetreide durch Ährenauswuchs und Körnerausfall stärkere Schädigungen eingetreten. Der Körnerertrag der diesjährigen Getreideernte entspricht nach den bisher vorliegenden Druschproben nicht ganz den Schätzungen auf dem Halm. Einen genaueren Überblick über den Zustand der neuen Getreideernte nach dem Stand zu Anfang September werden die demnächst zur Veröffentlichung gelangenden Ergebnisse der Vorschätzung bringen. Die Weiterentwicklung der Hackfrüchte ist durch die Niederschläge zumeist günstig beeinflußt worden.

Futterpflanzen, Wiesen und Weiden konnten durchweg ein kräftiges Wachsen aufweisen. Der zweite Schnitt konnte nur unter großen Schwierigkeiten eingebracht werden. Es ergibt sich im Reichsdurchschnitt folgende Begutachtung: **Spätkartoffeln** 2,6 (im Vormonat 2,5), Zuckerrüben 2,6 (2,6), rote Rüben 2,5 (2,5), Klee 2,7 (2,9), Luzerne 2,5 (2,6), Bewässerungswiesen 2,3 (2,4), andere Wiesen 2,6 (2,6).

Blitzschlag bei den französischen Manövern

WTB. **Paris**, 5. Sept. (Tel.) Das Mitglied des Obersten Kriegsrates, General **Jacquemot**, der den Manövern im Departement Basses Alpes beiwohnte, wurde vom Blitz getroffen und mußte mit Kopfverletzungen und schweren Brandwunden am ganzen Körper ins Krankenhaus von Barcelonette eingeliefert werden.

Schießereien bei den Streikunruhen in Barcelona

WTB. **Madrid**, 5. Sept. (Tel.) Innenminister Maura teilte mit, daß bei einer **Belagerung von Anarchisten** im Gewerkschaftshaus der Bauarbeiter in Barcelona, die sich schließlich ergeben mußten, zwei Personen **getötet** und acht verwundet worden seien, und zwar als eine Volksmenge die Polizei angriff, die eine Anzahl Verhafteter abführte. Bei diesem Zusammenstoß hätten fünf Festgenommene wieder entkommen können.

Mexiko wird Mitglied des Völkerbundes?

WTB. **New York**, 5. Sept. (Tel.) Wie aus gut informierten mexikanischen Kreisen mitgeteilt wird, soll Mexiko beabsichtigen, in allernächster Zeit Mitglied des Völkerbundes zu werden.

Reichstagseinberufung abgelehnt. Der Ältestenrat des Reichstages hielt Freitag nachmittag eine Sitzung ab, um über den kommunistischen Antrag auf Reichstagseinberufung zu entscheiden. Für den Antrag traten mit den Kommunisten nur die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten ein. Präsident Löbe stellte fest, daß der Antrag damit nicht genügend unterstützt und die Reichstagseinberufung abgelehnt ist.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages ist jetzt endgültig für den 22. September einberufen worden, um die Strafrechtsreform, die im Frühjahr bei der Reichstagsvertagung gleichfalls abgebrochen wurde, nunmehr fortzusetzen. Es wird der einzige der großen Reichstagsausschüsse sein, die im Herbst eine größere Tagung abhalten. Zur Beratung steht zunächst der 60. Abschnitt der Strafrechtsreform.

Letzte Nachrichten

Der Spruch des Haager Gutachtens

CNB. **Genf**, 5. Sept. (Priv.-Tel.) **Das heute veröffentlichte Gutachten des Haager Gerichtshofes über die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion kommt zu dem folgenden mit acht gegen sieben Stimmen festgestellten Ergebnis: „Ein auf der Grundlage und in den Grenzen der Grundsätze des Protokolls vom 19. März 1931 errichtetes Regime zwischen Deutschland und Österreich würde mit dem am 4. Oktober 1922 in Genf unterzeichneten Protokoll Nr. 1 nicht vereinbar sein.**

Die Begründung

WTB. **Genf**, 5. Sept. (Tel.) Die Begründung des Gutachtens läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Österreich ist ein empfindlicher Punkt der europäischen Ordnung, und seine Existenz ist ein wesentliches Element der politischen Ordnung in Europa, wie sie seit dem Kriege besteht. Im Lichte dieser Tatsache müssen Artikel 88 des **Vertrags von St. Germain** und das **Genfer Protokoll** geprüft werden, die Österreich allerdings kein absolutes Verbot der Veräußerung seiner Unabhängigkeit auferlegen, sondern ihm lediglich zur Pflicht machen, in gewissen Fällen die Zustimmung des Rates einzuholen.

Daß die Errichtung dieses Regimes an sich nicht einen Akt der Veräußerung der Unabhängigkeit Österreichs darstellt, kann **kaum bestritten** werden; denn Österreich hört dadurch nicht auf, innerhalb seiner Grenzen ein besonderer Staat mit eigener Regierung und eigener Verwaltung zu sein, und wenn nicht mit Rücksicht auf die Gegenseitigkeit, die der geplante Vertrag rechtlich oder tatsächlich vorsieht, so kann man doch wenigstens mit Rücksicht auf die Kündigungsmöglichkeit sagen, daß Österreich juristisch die eventuelle Ausübung seiner Unabhängigkeit behält. Man kann sogar behaupten, wenn man sich auf den Text des Art. 88 des Friedensvertrages bezieht, daß die **Unabhängigkeit Österreichs** im Sinne des genannten Artikels **nicht eigentlich gefährdet** ist, und daß infolgedessen vom juristischen Standpunkt kein Widerspruch zu diesem Artikel besteht. Dagegen ist es schwer, zu leugnen, daß die geplante **Zollunion** eine „Sonderbehandlung" darstellt und daß sie für Deutschland gegenüber Österreich „Vorteile" vorsieht, von denen dritte Mächte ausgeschlossen sind. Man würde umsonst geltend machen, daß das deutsch-österreichische Protokoll (Artikel 1 Nr. 2) vorsieht, daß Verhandlungen mit jedem anderen Staat, der den Wunsch aussprechen sollte, zum Zwecke einer entsprechenden Regelung ausgenommen werden soll. Es ist klar, daß diese Eventualität die unmittelbare Wirkung der Zollunion, wie sie schon jetzt zwischen Deutschland und Österreich geplant ist, voll bestehen läßt.

Wenn man sich schließlich von dem **wirtschaftlichen Standpunkt** aus, auf den sich das Genfer Protokoll von 1922 gestellt hat, die Gesamtheit des von dem deutsch-österreichischen Protokoll geplanten Regimes betrachtet, so ist es schwer, zu behaupten, daß dieses Regime nicht dazu angetan sei, die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu bedrohen und infolge dessen mit den von Österreich in diesem Protokoll hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit spezifisch übernommenen Verpflichtungen im Einklang sei.

Dem Gutachten, das, wie erwähnt, mit **acht** gegen sieben Stimmen festgestellt worden ist, sind **zwei Sondergutachten** angefügt worden. Von den acht Richtern, die sich im Sinne der vorstehenden Begründung für die Unvereinbarkeit des deutsch-österreichischen Protokolls mit dem Genfer Protokoll ausgesprochen haben, haben sieben außerdem erklärt, daß das geplante Regime nach ihrer Ansicht außerdem auch mit Artikel 88 des Vertrages von St. Germain nicht vereinbar sei. Das italienische Mitglied des Gerichtshofes, Anzilotti, gab eine vollkommen selbständige Begründung, die anderen sechs Mitglieder (Guerroro, Rostworowski, Fromageot, Altamira, Urrutia und Regulesco) haben dagegen eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, wonach die geplante Zollunion dazu angetan sei, die wirtschaftliche Unabhängigkeit Österreichs zu gefährden und daher einen Akt darstelle, der geeignet sei, die **Unabhängigkeit Österreichs überhaupt in Gefahr** zu bringen. Andererseits haben sieben weitere Mitglieder des Gerichtshofes (Adatschi, Kellogg, Rolin-Jacquemyns, Hurst, Schücking, van Eysinger und Wang) ein gemeinsames Sondervotum unterzeichnet, worin sie zu dem Ergebnis gelangen, daß die Zollunion sowohl mit Artikel 88 des Vertrages von St. Germain als auch mit dem Genfer Protokoll **vereinbar** ist.

Kein politischer Mord in Dortmund

WTB. **Dortmund**, 5. Sept. (Tel.) Wie von der Polizei mitgeteilt wird, haben die gestrigen Vorfälle in der Schwanenstraße, bei denen der **Jungstahlhelmer Koop getötet** wurde, keinen politischen Hintergrund gehabt. Nach den polizeilichen Ermittlungen ist Koop von einem seiner Kameraden erschossen worden. Koop befand sich mit den beiden Stahlhelmern Lassek und Lüdicke im Hausflur des Stahlhelmheimes, wo sie mit einem **Revolver hantierten**. Plötzlich ging ein Schuß los, durch den Koop so unglücklich getroffen wurde, daß der Tod kurz darauf eintrat. Der Schütze Lüdicke zog sich durch den Schuß selbst eine Handverletzung zu.

Dingeldey bei Brüning. Wie die Nationalliberale Korrespondenz meldet, hat der Reichskanzler den Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Abgeordneten Dingeldey, zu einer vorbereitenden Aussprache über die politilche Lage empfangen.

*Zur politischen Lage

Verlängerung des Moratoriums?

Es ist gut, daß die Zollunions-Affäre nunmehr hinter uns liegt, so bedauerlich auch die diplomatische Niederlage ist, die Deutschland und Österreich dabei erlitten haben. Warum haben wir diese Niederlage erlitten? Weil wir noch nicht im vollen Besitze unserer Souveränität sind, und weil unsere finanzielle Notlage uns dauernd zu einer Taktik der Nachgiebigkeit zwingt. Die oberste Aufgabe unserer Politik muß es also sein, die **finanzielle Situation Deutschlands zu verbessern** und uns auf **allen Gebieten die wirkliche Gleichberechtigung wieder zu erringen.** Die wirtschafts- und finanzpolitische **Reform im Innern**, die **Revision** des Youngplans und die Durchführung der **allgemeinen Abrüstung**, — das sind die großen Probleme, die gelöst werden müssen, wenn Deutschland wieder im Rate der Völker die ihm zukommende Machtstellung einnehmen will.

Was das **Reparationsproblem anlangt**, so wird seine Lösung durch das Hoopersche Einjahrmoratorium zweifellos bereits in wirkungsvoller Weise präludiert. Die Bedeutung dieses Moratoriums besteht doch eben darin, daß die ganze Welt und somit auch unsere Gläubiger anerkannt haben, daß wir in diesem Jahre aus eigener Kraft die Reparationen **nicht zahlen können**. Und selbstverständlich werden wir **auch im nächsten Jahre nicht dazu imstande sein.** Eine solche Erkenntnis bereitet am besten den Boden für eine völlige **Revision des Youngplans**, und zwar für eine Revision, nach welcher Deutschland nur die Annuitäten aufgebürdet werden, die es bei einer Besserung der Wirtschaftslage auch wirklich **zahlen kann.**

Erfreulicherweise ist die **Initiative Nordamerikas** in dieser ganzen Angelegenheit noch keineswegs beendet. Neue, sehr eingehende Besprechungen über das **internationale Schuldenproblem** zwischen dem amerikanischen Botschafter in Paris und dem französischen Finanzminister Flandin, haben dieser Tage stattgefunden. Natürlich hat man dabei die deutsche Finanzlage nicht ignorieren können. In Amerika empfindet man die europäische Krisis mit jeder Woche drückender. Und so verstärkt sich drüben die Geneigtheit, die Lösung des großen, internationalen Schuldenproblems durch ganz **erhebliche Verzichtleistungen Amerikas** zu erleichtern.

Indessen handelt es sich hierbei um eine Frage, die der sorgsamsten und eingehendsten Bearbeitung und Beratung bedarf. Das internationale Schuldenproblem wird nicht im Handumdrehen gelöst werden können. Andererseits wird die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands **auch im nächsten Jahre kaum wesentlich besser sein als in diesem.** Die öffentlichen Finanzen werden sich zwar in Ordnung befinden, die Sparpolitik wird überall durchgeführt sein, und höchstwahrscheinlich werden sich auch schon die ersten Anzeichen einer Gesundung bemerkbar machen. Aber im ganzen gesehen, wird Deutschland im nächsten Jahre **genau so wenig wie jetzt imstande sein, die vorgeschriebene Annuität zu zahlen.** Und, wenn nicht bereits bis dahin das internationale Schuldenproblem gelöst **ist**, wird man um die **Verlängerung des jetzigen Moratoriums** wohl nicht herumkommen.

Frankreich

Für uns spielt Frankreich bei allen diesen Dingen die Rolle des **wichtigsten** Kontrahenten. Und es sollte keinen Politiker in Deutschland geben, der diese Tatsache nicht einsieht und daraus seine Konsequenzen zieht. Wir **müssen** uns mit Frankreich arrangieren, und wir **werden** uns mit ihm arrangieren. Diese Vereinigung ist bedeutsamer als alles andere. Zumal von ihr die Bewilligung neuer, langfristiger Kredite für unsere Wirtschaft abhängt.

Ende dieses Monats wird der französische Ministerpräsident, Herr **Laval**, in Begleitung des Außenministers **Briand** in Berlin der deutschen Reichsregierung seinen Gegenbesuch abstatten. Laval scheint nach allem, was man bisher von ihm gesehen und gehört hat, eine der stärksten Persönlichkeiten Frankreichs zu sein, einer seiner begabtesten und klügsten Politiker. In der letzten Zeit konnte man verschiedentlich lesen, daß Herr Laval für seine Person ein **Anhänger der deutsch-französischen Verständigungspolitik** sei, und daß er mit sich werde reden lassen, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt werden.

Eine Schwierigkeit ist ja jetzt aus dem Wege geräumt: die Zollunions-Affäre. Weitere Schwierigkeiten müssen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

sich ganz von selbst angesichts der Tatsache verflüchtigen, daß die deutsche Reichsregierung ihre **Sparpolitik** in einer Weise durchführt, die so tief einschneidend ist, daß auch der strengste Beurteiler im Ausland sich ihrem Eindruck nicht mehr entziehen kann. Nur aus Gründen der **Sparsamkeit** wird wohl auch am Reichswehretat noch gestrichen werden. Die außenpolitische Folge derartiger Streichungen und Ersparnisse kann aber gerade im Hinblick auf unser Verhältnis zu Frankreich nur gut sein.

Gewiß ist es ein Zustand, der jedem Deutschen die Zornröte ins Gesicht jagen muß, daß **Frankreich** sich mit seinen ungeheuren Finanzmitteln, die es zum größten Teil auf unsere Kosten ansammeln durfte, einen **Rüstungsluxus** erlaubt, wie ihn bisher die Welt noch nicht gesehen hat, und daß **wir** von unserem Bißchen sogar noch etwas herunterstreichen müssen. Aber die Machtverhältnisse sind nun einmal so, wie sie sind. Und unsere finanz- und wirtschaftspolitische Situation kann nur noch schlimmer werden, wenn wir diese Machtverhältnisse in ihrer Bedeutung nicht richtig einschätzen.

Neuer Kredit für England

Das nationale Konzentrationskabinett in England hat auf finanzpolitischem Gebiet einen großen **Erfolg** errungen. England erhält sowohl von Amerika wie von Frankreich einen Kredit von je 840 bzw. 825 Millionen Reichsmark zu einem Zinsfuß von 4½ Proz. Auch hier ist es offenbar so gewesen, daß die entschiedenen **Sparmaßnahmen**, zu denen sich das neue Kabinett entschloß, und an deren Annahme im Parlament nicht zu zweifeln ist, den **Kredit Englands gefestigt** haben.

Die neue Regierung wird sich schon in den nächsten Tagen dem Parlament vorstellen. Die Arbeiterpartei, und mit ihr die Gewerkschaften, haben in aller Form Oppositionsstellung bezogen. Der bisherige Außenminister **Henderson** ist an Stelle Macdonalds zum Führer der Arbeiterpartei gewählt worden. Die Arbeiterwähler aus dem Wahlkreis Macdonalds sind so weit gegangen, daß sie ihn zur Niederlegung seines Mandats aufforderten. Macdonald hat diese Forderung abgelehnt. Aber es zweifelt wohl niemand daran, daß er am Tage der Auflösung des Parlaments im Herbst die politische Bühne einstweilen verlassen wird.

Die Sparpolitik im Innern

Einen lehrreichen Beitrag zu der Frage, was nun eigentlich praktisch unter Sparpolitik in den **Gemeinden** zu verstehen ist, hat die **preußische Regierung** geliefert, indem sie bei ihren Beratungen über das Sparprogramm die normalen **Gehälter der Oberbürgermeister und Bürgermeister** in einer Höhe festsetzte, die selbst dann, wenn man zu den genannten Ziffern noch Wohnungsgeld und Aufwandsentschädigung hinzurechnet, doch bestimmt **um etwa ein Drittel unter dem bisherigen Niveau liegt.**

Die Bürgermeister in Städten von 100 000 bis 400 000 Einwohnern sollen künftig einen Gehalt von 15- bis 18 000 RM. haben. In Städten von 30- bis 50 000 Einwohnern ist dieses Gehalt auf 6200 bis 10 600 RM. festgesetzt, und in Städten von 2500 bis 10 000 Einwohnern auf 2800 bis 8400 RM. Natürlich besteht daneben noch die Pensionsberechtigung. **Aufwandsentschädigungen** dürfen nur den Oberbürgermeistern oder den ersten Bürgermeistern, den Amtsbürgermeistern und den Gemeindevorstehern, außerdem in Berlin dem Oberbürgermeister und den Bürgermeistern in der Zentralverwaltung gewährt werden. Die den Oberbürgermeistern oder ersten Bürgermeistern, Amtsbürgermeistern, Gemeindevorstehern und den Landeshauptleuten zu bewilligenden Aufwandsentschädigungen und Nebenbezüge für **ein Nebenamt** oder eine Nebenbeschäftigung, ferner die Bezüge für ihre mit der amtlichen Tätigkeit in Zusammenhang stehende Betätigung im Vorstand, Aufsichtsrat oder einem sonstigen Organ einer Gesellschaft oder eines Unternehmens dürfen in den städtischen Größengruppen 3 und 4 den Betrag von 4000 RM., in den folgenden Größengruppe den Betrag von 2000 RM. **nicht übersteigen.**

Die preußische Regierung hat mit diesem ihrem Beschluß zweifellos einen sehr bedeutsamen Anfang gemacht. Und die Öffentlichkeit wird es begrüßen, daß vor allem die Riesengehälter einzelner Oberbürgermeister auf ein vernünftiges Maß reduziert werden. Daß diese Riesengehälter aus den Besoldungsordnungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichsbank ebenso verschwinden müssen, wie aus dem Bereich der Privatwirtschaft, versteht sich von selbst. Sie sind ein **öffentliches Ärgernis** in diesen Zeiten der Not.

Nur soll man nicht glauben, daß die Reduktionen an den sog. „Riesengehältern", deren Zahl doch immerhin relativ gering ist, im ganzen so besonders viel ausmachen. In dieser Hinsicht bestehen ganz falsche Auffassungen. Viele glauben faktisch, man könne die ganze Not des Volkes mit einem Schlag beseitigen, wenn man einfach die hohen Einkommen **auf das Ganze verteilt.** Nun, in Wirklichkeit ist die Sache so, daß, wenn man — nach dem Stand von 1929 — **alles, was über ein Einkommen von 8000 RM. im Jahr hinausreicht, auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland verteilen würde, jeder Deutsche dann rund 6 RM. pro Monat bekäme!** Das heißt, er könnte jeden Tag 4 Zigaretten mehr rauchen. Wirklich **nennenswerte Ersparnisse** werden sich nur dort bemerkbar machen, wo man den gesamten Etat einer Prüfung unterzieht.

Landestheater und Finanznot

Von Oberregierungsrat Dr. **Asal**
Geschäftsführer des Verwaltungsrats des Bad. Landestheaters

Die Öffentlichkeit beschäftigt zur Zeit aufs lebhafteste die Frage, wie im Haushalt des Landestheaters der hereingebrochenen Finanznot Rechnung getragen werden soll. Es mag darum von allgemeinem Interesse und zur Vermeidung irriger Erörterungen dienlich sein, wenn schon jetzt der Sparplan, der von der Geschäftsführung des Landestheaters im Benehmen mit der Intendanz aufgestellt worden ist, der Öffentlichkeit in den Grundzügen bekanntgegeben wird, wenn gleich das Programm bisher noch nicht die offizielle Billigung der maßgebenden Instanzen gefunden hat.

Daß das Landestheater sich in seinen Ansprüchen an die öffentlichen Kassen weitestgehend den veränderten Verhältnissen anpassen muß, entspricht nicht nur den berechtigten Erwartungen der Allgemeinheit, sondern auch dem festen Willen der Finanzträger des Landestheaters und, was gleich zu Anfang betont sei, auch der Auffassung der Mitglieder des Landestheaters.

Die beiden Reichsnotverordnungen vom 1. Dezember 1930 und vom 5. Juni 1931 haben an den Bezügen des Personals bereits Abstriche von 10—13 v. H. gebracht und die Ausgaben damit um rund 124 000 RM verringert. Eine weitere fühlbare Ausgabensenkung ließ sich dadurch erzielen, daß das künstlerische Personal sich freiwillig mit der Anwendung der fünfprozentigen, durch das badische Notgesetz vom 9. Juli d. J. bewirkten Kürzung der Beamtenbesoldungen einverstanden erklärt hat. Es kann jedoch keinem Zweifel unterliegen, daß alle diese Ausgabensenkungen mit samt den schon seit geraumer Zeit vorher durchgeführten Einsparungen nicht entfernt genügen, um eine wirksame Entlastung der Finanzträger herbeizuführen. Nur noch heroische Opfer vermögen heute ein Anrecht auf Erhaltung des Landestheaters zu begründen.

Der ausgearbeitete Sparplan sieht deshalb folgende, zum Teil tief eingreifende Sparmaßnahmen vor:

1. Zerlegung des Spieljahres in eine Winter- und Sommerspielzeit.

Nur noch für die ernster Kulturarbeit gewidmete Winterspielzeit, deren Dauer auf die Monate September bis Mai beschränkt sein soll, wird das Gesamtpersonal verpflichtet und unter Hinzurechnung eines Ferienmonats entlohnt werden. In der Sommerspielzeit, die vorläufig für die Monate Juni, Juli und August vorgesehen ist, und Operetten, Singspiele, bunte Abende und ähnliche Aufführungen mehr unterhaltender Art bringen soll, wird — gegen mäßige Vergütung — nur das für die Aufführungen unbedingt erforderliche Personal Verwendung finden können. Da die Sommerspielzeit sich selbst finanzieren wird, ergibt sich aus dieser Maßnahme eine Einsparung von einem Sechstel der Ausgaben für das gesamte künstlerische und technische Personl.

2. Die höheren, d. h. über 9000 RM hinausgehenden Gagen des Solopersonals und der Vorstände sollen einer gestaffelten Sonderkürzung unterworfen werden, die in der obersten Klasse die sonstigen, alle Mitglieder treffenden Gehaltskürzungen auf über 40 Proz. der Nominalgage erhöhen wird.

3. Über die unter 1 und 2 erwähnten Kürzungen hinaus wird die Vergütungsordnung gewisser Personalgruppen zur Erzielung weiterer Ersparnisse neu geregelt werden.

4. Trotz schwerster entgegenstehender Bedenken wird sich ein Personalabbau nicht vermeiden lassen. Betroffen werden neben dem Solopersonal insbesondere das Orchester, dann der Singchor und das technische Personal. Doch sollen die Entlassungen, soweit sie nicht die Pensionierung im Gefolge haben, erst auf Ende der laufenden Spielzeit durchgeführt werden.

5. An einer Reihe sonstiger Voranschlagsposten werden weitere Einsparungen durchgeführt, so bei dem Tanzchor, bei den Ausgaben für Gastspiele, Aushilfe in Krankheitsfällen, Dienstreise- und Umzugskosten, sowie bei dem sachlichen Aufwand.

6. Abschluß einer Konvention mit den Staatstheatern Stuttgart und Darmstadt zwecks gegenseitiger unentgeltlicher Aushilfeleistung in Erkrankungsfällen und Fällen sonstigen vorübergehenden Personalbedarfs. Erfolgversprechende Verhandlungen hierwegen sind bereits eingeleitet.

Der Gesamtbetrag der Ausgabekürzungen des neuen Sparprogramms erreicht nach den vorläufigen Berechnungen die Summe von rund 480 000 RM.

Freilich wird diese Ausgabesenkung nicht in vollem Umfang als Entlastung im Zuschußbedarf verbucht werden können, da ein Einnahmerückgang gegenüber dem Vorjahr angesichts der wirtschaftlichen Nöte und insbesondere der Beamtenbesoldungskürzungen notwendig in Rechnung gestellt werden muß. Immerhin wird das Ergebnis des neuen Sparprogramms zusammen mit den Kürzungen der beiden Reichsnotverordnungen gegenüber dem Rechnungsergebnis 1930/31 einen erheblichen Betrag erreichen, wie sich aus nachfolgender Gegenüberstellung ergibt, in der jeweils die 1. Ziffer das Rechnungsergebnis des Jahres 1930/31, die 2. Ziffer den jährlichen Ausgabe- oder Einnahmebetrag nach Durchführung des neuen Sparprogramms und die 3. Ziffer den Unterschiedsbetrag zwischen beiden Ziffern angibt.

	RM	RM	RM
1. Betriebsausgaben	1 816 820	1 234 705	—582 115
2. Zuschuß zu den Pensionslasten	140 847	143 070	+ 2 223
3. Bauaufwand	50 000	10 000	— 40 000
4. Gesamtaufwand	2 007 667	1 387 775	—619 892
5. Einnahmen	682 930	620 550	— 62 380
6. Gesamt-Zuschußbedarf	**1 324 737**	**767 225**	**—557 512**
7. Staatsanteil	**534 895**	**307 930**	**—226 965**
8. Städtischer Anteil	**789 842**	**459 395**	**—330 447**

Welche Entbehrungen, Sorgen und Nöten diese nüchterne Zahlenentwicklung für die Betroffenen in sich schließt, wird man sich unschwer vorstellen können. Es gehört die ganze Berufsfreudigkeit und Anhänglichkeit der Theatermitglieder an ihre Bühne dazu, um unter diesen Verhältnissen noch künstlerisch hochstehende Leistungen vollbringen zu können. Der gute Geist, der am Landestheater herrscht, kann durch nichts besser beleuchtet werden als durch die Tatsache, daß das Künstlerpersonal sich in einer einstimmig gefaßten Resolution der Gehaltskürzungen des neuen Sparprogramms freiwillig unterworfen hat.

Und so dürfen die Freunde des Landestheaters voll Vertrauen der neuen Spielzeit entgegensehen. Mögen sie bedenken, daß nur durch ihre Mithilfe die Opfer des Personals ihren Zweck erreichen und das Landestheater über die Notzeit hinübergerettet werden kann.

Erzherzog Leopold Salvator †. Im Sanatorium Auersperg ist der Erzherzog Leopold Salvator gestorben. Er hatte sich einer schweren Darmoperation unterziehen müssen.

Kurze Nachrichten

5prozentige Gehaltskürzung in Bayern. Durch eine bayerische Notverordnung werden die Dienst- und Versorgungsbezüge der ledigen und der kinderlosen verheirateten Beamten und Angestellten der Gemeinden, Bezirke und Kreise und der sonstigen der Aufsicht des Staates unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechtes, wenn sie den Betrag von 200 RM überschreiten, mit **Wirkung vom 1. Oktober 1931** um weitere 5 Proz. gekürzt werden. Damit ist die für die Staatsbeamten vor einigen Tagen getroffene Regelung auch auf die Beamten der Gemeinden und der sonstigen öffentlichen Körperschaften ausgedehnt worden.

Gewerkschaftskongreß und Arbeitsrecht. Am Schlußtag des Kongresses der Freien Gewerkschaften wurde die Aussprache zum Arbeitsrecht zu Ende geführt. Einstimmig wurde eine Entschließung zum Arbeitsrecht angenommen, die nochmals ausführlich die Forderungen und Anregungen des Referenten zusammenfaßt. Weiter wurde eine Reihe von Anträgen der einzelnen Gewerkschaften zum Arbeitsrecht angenommen.

Kommunistische Waffenfunde. Die Polizei hatte Mitteilung von einem kommunistischen Waffenlager in **Sangersleben** im Kreise Bernburg erhalten. Daraufhin wurde eine Durchsuchung zahlreicher Häuser, in denen Kommunisten wohnen, unternommen. Die Polizei fand 20 Militär- und Jagdgewehre, eine Anzahl Revolver und Munition sowie Hieb- und Stichwaffen. Sämtliche Waffen wurden beschlagnahmt.

Gefährdung deutscher Schulen in Polen. Der polnische Rektor Mielnik der polnischen Volksschule Dirschau, dem auch die angegliederte deutsche dreiklassige Volksschule untersteht, hat, um die Zahl der deutschen Schulen zu verringern und dadurch die Auflösung einer weiteren deutschen Schulklasse zu ermöglichen, 60 Kinder der deutschen Schule, die polnisch klingende Namen tragen und katholisch sind, an die polnische Schule überwiesen. Als **Protest** gegen diese Maßnahme haben die betroffenen Eltern ihre Kinder heute vom Schulunterricht ferngehalten.

Die Kirchen für Minderung der Rüstungen. Der Kongreß des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen nahm auf seiner Tagung in Cambridge eine Entschließung an, die an die **Kirchen aller Länder** den Ruf richtet, sie möchten den Regierungen ihrer Länder ihre Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in der Frage der **Herabminderung der Rüstungen** auf den niedrigsten Stand erklären.

Die neuesten Schöpfungen der Dornier-Werke

Zahlreiche Pressevertreter hatten auf Einladung der Dornier-Metallbauten G. m. b. H. Gelegenheit, unter Führung von Maurice Dornier und des Pressechefs Diehmer die neuesten Schöpfungen der Dornier-Metallbauten zu besichtigen und praktisch zu erproben.

Mit dem **Großflugboot** Dornier Do S ist ein dreimotoriges Verkehrsflugzeug geschaffen worden, das 22 Fluggäste mit aller Bequemlichkeit befördern kann und bei dem die mit dem Flugschiff Do X gewonnenen Erfahrungen berücksichtigt worden sind. Die zweite Neuschöpfung ist der **Dornier-Wal 1931**, in dem die Erfahrungen mit seinen Vorgängern während der letzten zehn Jahre bei einer Flugleistung von über 5 Mill. Flugkilometern und mehreren Atlantiküberquerungen verwertet worden sind, so daß der Dornier-Wal 1931 ein Flugboot darstellen dürfte, das für den praktischen Flugverkehr gute Flug- und Stabilitätseigenschaften besitzt, die von hervorragenden Flugzeugführern als ideal bezeichnet wurden. Seine erste große Leistungsprüfung war der jetzt erfolgte Flug Gronaus von Deutschland über Grönland nach den Vereinigten Staaten.

Lebhaftes Interesse rief auch das demnächst zur Abnahme gelangende **Dornier-Landverkehrsflugzeug** Do K hervor, das sich besonders zur Überfliegung von Strecken mit großen Entfernungen beim Fehlen von Zwischenlandemöglichkeiten eignen wird.

Kleine Chronik

Das Luftschiff **„Graf Zeppelin"** hat die Rückfahrt von Pernambuco nach Europa angetreten. Die Hamburg—Amerika-Linie teilt mit, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin" sich Samstag früh 5 Uhr MEZ. auf 12 Grad 12 Minuten nördlicher Breite und 26 Grad 50 Minuten westlicher Länge mit Kurs auf die Kapverdischen Inseln befunden hat. Das Luftschiff fährt mit einer Geschwindigkeit von 120 Kilometer.

Wie der Wetterdienst für Nord-Norwegen mitteilt, gelang es Freitag abend 11 Uhr, mit dem **Unterseeboot „Nautilus"** in Verbindung zu kommen. Das U-Boot funkte, daß an Bord alles wohl sei.

Zwei **Wasserflugzeuge** sind über dem Hafen von Rio de Janeiro zusammengestoßen und abgestürzt. Zwei Personen wurden getötet, zwölf verletzt.

Ein bemerkenswertes Beispiel einsichtsvoller Anpassung an die Wirtschaftslage hat der **Intendant** der **Frankfurter Oper, Prof. Turnau,** geboten. Prof. Turnau hat auf die Aufrechterhaltung seines Anstellungsvertrages hinsichtlich der ihm zustehenden Gehaltsbezüge verzichtet und dem Magistrat den Vertrag mit dem Ersuchen um **Festsetzung eines verringerten Gehaltes** zur Verfügung gestellt, wobei er dem Magistrat die Festsetzung seiner künftigen Bezüge überläßt.

Der Berliner Schriftsteller **Strecker,** in dessen Villa kürzlich auf mysteriöse Weise ein Brand ausbrach, ist unter dem Verdacht der vorsätzlichen Brandstiftung **verhaftet** worden.

Die autonome **Sowjetrepublik Nachitschewan** im Kaukasus ist von einer furchtbaren **Überschwemmung** heimgesucht worden. 450 Häuser wurden ganz zerstört und 120 Häuser schwer beschädigt. Mehr als 40 Personen sind ertrunken. In der Stadt Ordosat wurde ein Krankenhaus fortgespült, wobei alle Kranken, 30 Personen, ertranken.

Ein heftiger **Wirbelsturm,** von Regengüssen und Hagel begleitet, hat eine halbe Stunde lang die Stadt **Konstantinopel** heimgesucht. **40 Häuser sind eingestürzt,** 50 Personen blieben tot unter den Trümmern, mehrere wurden verletzt. Der Verkehr war lange Zeit unterbrochen. Der Schaden ist bedeutend.

Professor Dr. Heinrich Schäfer, Direktor des Ägyptischen Museums in Berlin: **Die Leistung der ägyptischen Kunst.** (J. C. Hinrichssche Buchhandlung in Leipzig C I). — Der Verfasser sucht in diesem Hefte soweit wie möglich frei zu bekommen von der durch Rasse, Volkstum und Lebenszeit des Beschauers bedingten Wertung der ägyptischen Kunst. Er will das herausarbeiten, was er ihre Leistung nennt, die als solche unberührt von unserer Wertung besteht. Sie wird an der Baukunst, dem Flachbild und Rundbild aufgezeigt, und zugleich wird dargelegt, wie der ägyptische Stil sich in der Helligkeit der Geschichte bildet. Der Preis beträgt 3 RM.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die badischen Notgesetze vom Haushaltsausschuß angenommen

Der Haushaltsausschuß des badischen Landtags nahm am Freitag die Beratungen über das badische Notgesetz auf Änderung des Staatshaushalts auf. Nach einem eingehenden Bericht des Berichterstatters Abg. Dr. **Föhr** (Zentr.) wurden von sämtlichen Parteien die Rechtsgrundlagen und die sachlichen Maßnahmen eingehend erörtert. Man war sich darüber einig, daß die Not der Zeit zu außerordentlichen Maßnahmen Veranlassung gegeben habe. Über die **5prozentige Gehaltskürzung der Beamten,** die für das laufende Etatsjahr befristet ist, wurden deshalb wesentliche Beanstandungen von keiner Seite erhoben. Bei der Besprechung über die Stellung und Einkommensverhältnisse der außerplanmäßigen Beamten wurde allseitig gewünscht, im Verordnungswege die Stellung der außerplanmäßigen Beamten, insbesondere der älteren und verheirateten, zu verbessern. Der **Finanzminister**, der die Lage des Staatshaushalts vor Erlaß des Notgesetzes ausführlich darstellte, gab die Gründe bekannt, die die Regierung zu diesen Maßnahmen zwangen und eine parlamentarische Erledigung wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich machte. Der Finanzminister erklärte weiter, daß im Verordnungswege weitgehende **Linderung** zu Gunsten der außerplanmäßigen Beamten bereits veranlaßt sei.

Das Gesetz wurde vom Ausschuß mit aller gegen eine Stimme bei einer Enthaltung **angenommen.** Ebenso wurde der Antrag des Berichterstatters, der die zahlreichen Gesuche zum Notgesetz durch die Beschlußfassung zum Gesetz als erledigt zu betrachten, angenommen.

Sodann behandelte der Haushaltsausschuß die beiden Notgesetze über die **Ausfallgarantie für die Russengeschäfte** und das Notgesetz über die Bürgschaft des Staates für den Wechselkredit der badischen Sparkassen und der Badischen Kommunal-Landesbank. Auch diese beiden Notgesetze wurden angenommen.

Die Krebs-Todesfälle in Baden in den letzten fünfzig Jahren

Der Badische Landesverband zur Bekämpfung des Krebses hat durch das Badische Statistische Landesamt das Material über die Krebstodesfälle in Baden in den letzten 50 Jahren bearbeiten lassen. Das Ergebnis wurde in einer Broschüre zusammengestellt, die anläßlich der Krebsforschertagung in Heidelberg hätte zur Verteilung kommen sollen; sie wird nunmehr, nachdem diese Tagung ausfällt, den Interessenten unmittelbar zugesandt.

Die Arbeit bringt ein umfangreiches Zahlenmaterial über das Ansteigen der Krebstodesfälle in den letzten 50 Jahren, über die Verteilung der Häufigkeit in den einzelnen Amtsbezirken und den verschiedenen Berufen, über das Verhältnis der Zahl der Todesfälle bei den Männern und Frauen, sowie nach dem Lebensalter und dem Sitz der Geschwülste bei Männern und Frauen in den einzelnen Organen und Körperteilen.

Das gesamte Material wird nach Verarbeitung durch den Facharzt für Strahlenkunde, Oberarzt Dr. **Weiß** am Städt. Krankenhaus in Karlsruhe, in der Zeitschrift „Die Strahlentherapie" veröffentlicht werden. Da ein so umfangreiches und lückenloses Material bisher noch in keinem Lande veröffentlicht werden konnte, darf wohl gesagt werden, daß es die Aufmerksamkeit der in- und ausländischen Fachwelt erregen wird.

Gaststättengewerbe und Weinbau

In den letzten Tagen fand zwischen dem **Badischen Weinbauverband** und dem **Badischen Gastwirteverband** in **Offenburg** eine Aussprache über die derzeitige schwierige Wirtschaftslage beider Gewerbe statt. Einheitlich kam dabei zum Ausdruck, daß die vielfach geäußerten Ansichten der Öffentlichkeit, wonach die Weinpreise im Herbst untragbare Formen annehmen würden, unbegründet sind. Beide Verbände betrachten es als selbstverständlich, daß angesichts der Notlage der Bevölkerung mit äußersten Preisen kalkuliert werden muß. Die Ausschankpreise würden so gestaltet, daß sie konsumfördernd wirken können, aber dennoch dem Gewerbe als einem der hauptsächlichsten Steuerträger die Möglichkeit eines Auskommens verschafft werde. In besonderer Weise kam die verheerende Wirkung der verschiedentlich eingeführten **Gemeindegetränkesteuer** zum Ausdruck, die an Stelle des erhofften Vorteils eine gewaltige Erschwerung des Weinabsatzes bringe. Der Versammlung sprach sich gegen neue Versuche zur Einführung der Gemeindegetränkesteuer aus, da dadurch zahlreiche Gastwirte zahlungsunfähig und wirtschaftlich ruiniert wurden. Der badische Weinbau und das badische Gaststättengewerbe an der südwestlichen Ecke unseres Vaterlandes haben die bestimmte Zuversicht, daß die Regierung ihr Versprechen, die Gemeindegetränkesteuer am 31. März 1932 wieder aufzuheben, auch tatsächlich einlöst.

Pfarrer Senn ordnet sich der kirchlichen Autorität unter

Pfarrer Senn, der bekanntlich durch die Herausgabe einer Broschüre über „Katholizismus und Nationalsozialismus" von sich reden machte, veröffentlicht im „Bruchsaler Boten" eine Erklärung, in der er mitteilt, daß er sich jederzeit der kirchlichen Autorität unterwerfen werde. Er habe in seiner Schrift eine gemeinsame Basis für die auf christlichem und vaterländischem Boden stehenden Parteien und Bewegungen schaffen wollen. Er bedauere, daß manche Stellen in seiner Schrift mißverständlich seien und dadurch vielfach Verwirrung hervorgerufen hätten.

Die Zeller Anstalten in größter Not

Die große wirtschaftliche Not, in der sich unser Volk und Vaterland befindet, wirkt sich ganz besonders auch hinsichtlich der öffentlichen Fürsorge und Wohlfahrtspflege aus. Außerordentlich leiden aber darunter auch die Anstalten christlicher Liebestätigkeit, sowohl auf katholischer wie auf evangelischer Seite, die durch hohe Schuldzinsen, stark verminderten Zufluß von Liebesgaben, Minderbelegung der Anstalten, bei wesentlich gesteigerten Ausgaben für Sozialasten und dgl., vielfach in große Bedrängnis kommen. Wie wir hören, haben darunter auch die „Zeller Anstalten", das Lebenswerk Kirchenrats H. **Specht** in Zell, schwer zu leiden und stehen vor der Existenzfrage. Schon seit Wochen sind die ernstesten Bemühungen im Gange, zu einer befriedigenden Lösung zu kommen. Es wäre sehr bedauerlich, wenn sie ohne Erfolg bleiben sollten und die ganze Arbeit zusammenbrechen müßte.

Zwangsweiser Etat für Neckarhausen. Der Mannheimer Bezirksrat sprach sich in seiner letzten Sitzung für die zwangsweise Einführung des Etats der Gemeinde Neckarhausen aus, weil der Bürgerausschuß der Gemeinde trotz mehrmaliger Beratung über den **Voranschlag sich nicht einigen konnte.** An eine größere Anzahl Gemeinden des Bezirks Mannheim wurde die Mahnung gerichtet, den Etat unter Dach und Fach zu bringen, da sonst auch bei ihnen zwangsweise vorgegangen werden müßte.

Gemeinderundschau

Der Bürgerausschuß Arlen (Amt Singen a. H.) entsprach durch einstimmigen Beschluß dem Gesuch der Baumwollspinnerei AG. in Arlen um nochmalige Steuerermäßigung. Demnach wurde für das Rechnungsjahr 1931/32 für die Drosselspinnerei eine 50prozentige Steuerermäßigung gutgeheißen. Auf Grund dieses Beschlusses konnte nun endlich der **Voranschlag** 1931/32 unter Dach gebracht werden. Bei einer Ausgabe von 74 355 *RM*, in denen auch der kürzlich durch die badische Notverordnung der Gemeinde Arlen anfallende Lehrerbeitrag von 2100 *RM* inbegriffen ist, verbleibt ein Defizit von 20 599 Reichsmark, der durch die Umlage aufzubringen ist. Infolge größter Sparsamkeit im Haushalte ist es möglich, den **Umlagefuß** von 100 auf 73 *Rpf* **zu senken.** Es betragen künftig: Gewerbeertrag 524 *Rpf*, Grundvermögen 75 und 10 *Rpf*, Kreissteuer und Betriebsvermögen 29 *Rpf*. Von der Einführung der Bürger- und Biersteuer wurde vorerst Abstand genommen. Der im Voranschlag vorgesehene Betrag für die Lehrmittelbefreiung wurde wieder gestrichen.

Aus der Landeshauptstadt

65. Geburtstag. Am Sonntag, den 6. September, darf Verlagsbuchhändler Hermann **Flügel** auf 65 Lebensjahre zurückblicken. Seiner sachkundigen Geschäftsführung verdankt vor allem die hiesige Buchhandlung des Evang. Schriftenvereins in der Kreuzstraße dahier ihren Aufschwung und Blüte.

Arbeitsgemeinschaft evangelischer Hausfrauen. Von dem Gedanken ausgehend, daß eine zeitgemäße **Hausfrauen- und Mutterschulung** von weittragender Bedeutung für Familie, Volk und Kirche ist, haben sich evangelische Hausfrauen unserer Stadt zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Ihr Plan ist die Durchführung einer Mutterschule zur Ausbildung der Hausfrau auf allen ihren Gebieten in wirtschaftlicher, pädagogisch-pflegerischer und religiös-sittlicher Hinsicht. Der Unterricht soll in drei verschiedenen Abendkursen, die jeweils 12 Unterrichtsabende umfassen, erteilt werden. Außerdem sollen von Zeit zu Zeit allgemeine Vorträge für alle hiesigen evangelischen Frauen stattfinden. Die Mutterschule soll am 12. Oktober eröffnet werden. Vorsitzende des Vorstandes ist Frau Professor **Henrich** hier. Dem erweiterten Vorstand gehören Vertreterinnen aller Gemeindesprengel an. Zum Beitritt sind alle hiesigen evangelischen Frauen aufgerufen; der Jahresbeitrag ist auf 50 *Rpf* gesetzt.

Zum Zusammenbruch der Devaheim-Gesellschaft. Wie das hiesige evang. Gemeindeblatt mitteilt, wird am Sonntag, den 6. September, nachmittags 3 Uhr im „Grünen Hof" dahier eine interne Besprechung der durch den Zusammenbruch der Devaheim-Gesellschaft geschädigten **badischen Devaheim-Bausparer** stattfinden, einberufen und geleitet vom Vorsitzenden des Gesamtverbandes der Inneren Mission in Baden, Pfarrer **Steinmann** in Karlsruhe-Rüppurr. Die Zahl der Devaheim-Bausparer in Baden beträgt etwa 250.

Ein Opfer des Betrügers Eschbach. Wie verlautet, konnte der Name der verunglückten Frau, die bei Mingolsheim aus dem **Schnellzug** Basel—Frankfurt stürzte, und bei der Überführung in die Heidelberger Klinik starb, festgestellt werden. Es handelt sich um eine 56 Jahre alte Frau **Lange** aus **Karlsruhe.** Die Passagiere des Schnellzuges wurden in Frankfurt vernommen. Es hat sich amtlich noch nicht feststellen lassen, ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, da niemand den Sturz aus dem Zuge beobachtet hat. Die Leiche wurde in Heidelberg eingeäschert. Neueren Feststellungen zufolge dürfte Selbstmord vorliegen. Frau Lange hatte sich den Verlust ihres Vermögens in Höhe von etwa 30 000 *RM*, das sie Eschbach gegeben hatte, so zu Herzen genommen, daß sie dieser Tage freiwillig in den Tod ging. Wir haben vor einiger Zeit über die Betrügereien des in der Schweiz verhafteten Inhabers eines Karlsruher Treuhandbüros, Johann Eschbach, berichtet, der einer ganzen Anzahl von Leuten Bargeld im Gesamtbetrag von mehr als 300 000 *RM* genommen hat. Die meisten der Betrogenen haben ihr gesamtes Vermögen verloren, so daß teilweise ältere Leute fast vollkommen mittellos wurden. Die Auslieferung des in der Schweiz verhafteten Eschbach stößt auf Schwierigkeiten, da er auch in der Schweiz mehrfache Betrügereien verübt hat, die die Schweizer Justizbehörden zuerst abzuurteilen gedenken.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Der Kern des tiefen Druckes liegt heute morgen über Holland. Wir befinden uns schon im Bereiche von Kaltluft, die das Tief umströmend so starken Temperaturrückgang brachte, daß nicht nur in den mittleren Lagen der Alpen, sondern auf dem Feldberggipfel der erste Schnee gefallen ist. Auch morgen wird uns die Rückseite des Tiefs kühles und unbeständiges Wetter bringen. **Voraussage:** Kühl und noch unbeständig mit Regenschauern, langsam abflauende westliche Winde.

Wasserstände: Waldshut 374 plus 1, Basel 186 plus 12, Schusterinsel 260 plus 12, Kehl 392 plus 12, Maxau 594 plus 1, Mannheim 551 plus 26, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

bld. **Mannheim,** 3. Sept. Das Fest der **diamantenen Hochzeit** konnte der 87jährige Privatmann Wilhelm **Nauen** mit seiner Ehefrau begehen.

bld. **Mannheim,** 5. Sept. Die Bauarbeiten an der neuen Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen schreiten trotz der wenig günstigen Witterung normal vorwärts. Es ist lediglich eine kleine Verzögerung in der Herstellung des einen Strompfeilers eingetreten. Gegenwärtig wird der eiserne Überbau angebracht und der letzte Strompfeiler in Angriff genommen. Hinsichtlich der Rampenbauten werden auf der Ludwigshafener Seite die beiden Unterführungen in der Heingisstraße und Schillerstraße demnächst fertiggestellt. Im Laufe der nächsten drei Wochen werden außerdem die Unterführungen an der Mundenheimer Straße und an der Flutbrücke in Angriff genommen. Auf der Mannheimer Seite werden inzwischen die Arbeiten zwecks Verlegung der Schloßgartenstraße und Verbreiterung der Zufahrtsrampe rüstig weitergeführt.

bld. **Baden-Baden,** 4. Sept. Gegenwärtig halten sich in Baden-Baden zwei amerikanische Administratoren eines großen Vermögens auf, die sich um die **Erben** der in Amerika verstorbenen geisteskranken Emma Swigart (deutsch: Schweigert) bemühen. Ihre Bemühungen sind jedoch bisher erfolglos geblieben. Die Erbschaftsangelegenheit hat folgende Vorgeschichte: In den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts wanderte aus Baden-Baden ein gewisser Philipp **Schweigert nach Amerika** aus, der mit seiner im Jahre 1844 geheirateten Frau Karoline geb. Hoffeß zwei Kinder hatte, Charles P. Swigart und Emma Swigart. Charles Swigart wurde ein reicher Mann und hinterließ bei seinem Tode das ansehnliche Vermögen seiner geisteskranken Schwester Emma, die nun auch verstorben ist. Zahlreiche Personen haben sich bereits als Erben gemeldet, jedoch konnte bisher niemand nachweisen, daß er als Erbe tatsächlich in Betracht käme. Gesucht wird nach den Kindern von einem Bruder oder Schwester des Karl Philipp Schweigert oder seiner Frau Karoline Hoffeß. Karl Philipp Schweigert hatte 12 Geschwister.

DZ. **Bruchsal,** 4. Sept. Der Schuppen des Bahnwärterhauses Nr. 101 auf der Strecke Bruchsal—Ubstadt wurde ein Opfer der Flammen. Das Bahnwärterhaus konnte gerettet werden, nur der Dachstuhl brannte aus. Als **Brandstifter** kommt der eigene Sohn des Bahnwärters in Frage, der sich unmittelbar nach der Brandlegung der Polizei stellte.

DZ. **Freiburg i. Br.,** 4. Sept. Durch die Presse ging vor einiger Zeit die Nachricht, daß Rudolf **Caracciola** ein Bild des Herrn Reichspräsidenten in silbernem Rahmen mit eigenhändiger Widmung erhalten habe, für seine großen diesjährigen **Sporterfolge.** Diese Darstellung ist **nicht richtig.** Rudolf Caracciola fuhr bekanntlich als bester deutscher Fahrer in Rekordzeit von 8,51,4 Minuten = 81,294 Stundenkilometer beim Internationalen Rennen um den ADAC-Bergrekord die schnellste Zeit des Tages und erhielt dafür den Ehrenpreis des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, den dieser eigens für den schnellsten deutschen Fahrer beim Schauinsland-Rennen am 26. Juli 1931 gestiftet hatte. Einen anderen Hindenburg-Preis hat Caracciola nicht erhalten.

DZ. **Freiburg,** 5. Sept. Die außerordentlich schlechte Witterung der letzten Tage hat im Schwarzwald die Temperaturen nahe an den Nullpunkt gebracht. Auf der **Baar** und auf dem **Feldberg** sank das Thermometer in der vergangenen Nacht unter den **Nullpunkt,** und die zahlreichen Niederschläge fielen als **Schnee.** Auf den Höhen des Schwarzwaldes braust bei 627 Millimeter Barometerstand ein schwerer Südweststurm mit einer Geschwindigkeit von 26 Sekundenmeter dahin, der überall schweren Schaden anrichtet.

bld. **Hauingen** (bei Lörrach), 4. Sept. Am vergangenen Mittwoch brach in dem Wohnhaus des Reinhard Kunzer an vier Stellen **Feuer** aus. Wie aus zurückgelassenen Briefen hervorgeht, hat der 29 Jahre alte arbeitslose Emil Kunzer, der Bruder des Reinhard Kunzer aus Rache versucht, das **Haus einzuäschern.** Im Oktober 1929 hatte er bereits einmal versucht, das Haus des Bruders einzuäschern, weil dieser ihm, der arbeitsscheu war, keine Unterstützung geben wollte. Nach dem ersten Brand ging Emil Kunzer nach Österreich, wo er von der Polizei wegen verschiedener Diebstähle aufgegriffen und nach Deutschland ausgeliefert wurde. Zur Beobachtung seines Geisteszustandes wurde er der Anstalt Emmendingen überwiesen, wo er nach acht Tagen Reißaus nahm und wiederum Feuer in seines Bruders Haus legte.

WTB. **Engen,** 5. Sept. Seit dem 25. August wurde in Hintschingen die alleinstehende Frau **Brodhag vermißt.** Sie wurde nunmehr am Donnerstagabend in einem Walde bei Hintschingen **erschlagen** aufgefunden. Als der Tat verdächtig wurde ein angesehener Bürgersohn aus Hintschingen verhaftet.

bld. **Wolfach,** 4. Sept. Zur Zeit werden im staatlichen Forstbezirk Wolfach eine größere Anzahl Gemeindewaldungen (Oberwolfach, Rippoldsau, Schiltach, Kirnbach, Gutach, Hausach und Einbach) neu taxiert, Vorrat und Zuwachs neu festgestellt und der Hiebsatz für die kommenden 10 Jahre berechnet. An den Arbeiten beteiligt sich zu seiner Ausbildung ein Forstmann aus Vorderindien, Dr. Mehomed Mohsin aus Hyderabar, der sich schon 5 Jahre in Europa aufhält.

DZ. **Insel Reichenau,** 4. Sept. In der Nacht zum Freitag **starb Pfarrer** Dr. **Rieder** von Reichenau-Niederzell im Alter von 52 Jahren, nach einem längeren Leiden. Der Verstorbene war früher als Pfarrer in Scherzingen und längere Jahre als Stadtpfarrer in Bonndorf tätig. Er machte sich durch zahlreiche kirchengeschichtliche Werke einen Namen.

DZ. **Oberuhldingen,** Amt Überlingen, 4. Sept. Während eines heftigen Gewitters schlug der **Blitz** in das Anwesen des Landwirts Brodbeck. Das Anwesen ist niedergebrannt. Über die Schadenshöhe ist noch nichts Bestimmtes zu ermitteln.

Handel und Wirtschaft

Karlsruher Hafenverkehr

Im August 1931 hat der Wasserstand des Rheins auffallend oft gewechselt. Am Pegel zu Maxau betrug er am Anfang des Monats 565 Zentimeter. Unter großen Schwankungen stieg er bis auf 652 Zentimeter am 27. August. Am Ende des Monats stand er auf 606 Zentimeter. Für die Verladung der Fahrzeuge der Großschiffahrt nach und von Karlsruhe war dieser Wasserstand sehr günstig.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im August 103 Güterboote und Motorschiffe, sowie 188 Schleppkähne angekommen und 99 Güterboote und Motorschiffe, sowie 191 Schleppkähne abgegangen. Der Eildienst war im August 1931 gegenüber dem Eildienst im Juli 1931 bei der Ankunft stärker und beim Abgang gleichstark, dagegen sowohl bei der Ankunft wie beim Abgang erheblich stärker als im August 1930. Unter den angekommenen Fahrzeugen befanden sich mehrere Motorsegler, die im Rhein-See-Verkehr von Hamburg in Karlsruhe mit Ladung eingetroffen sind, eine Neuerung, die von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Dagegen war der Massenverkehr im August 1931 bei der Ankunft wie beim Abgang wesentlich schwächer als im August 1930 und im Juli 1931; es blieb der Güterempfang des Karlsruher Rheinhafens im August 1931 um rund 30 000 Tonnen hinter dem des Juli 1931 und um rund 7 000 Tonnen hinter dem des August 1930 zurück. Gegenüber dem Monat Juli 1931 war hauptsächlich die Brennstoffzufuhr geringer und gegenüber dem Monat August 1930 die Zufuhr von Mineralölen. Beide Verkehrsrückgänge sind offenbar Folgen der verschlechterten Wirtschaftslage.

Die Zahl der Teilnehmer an den Hafenrundfahrten mit dem städtischen Motorboot ist im August 1931 unter dem Einfluß der ungünstigen Verhältnisse noch weiter zurückgegangen. Die Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt hat im Hinblick auf diese Verhältnisse ihre planmäßigen Fahrten nach und von Karlsruhe eingestellt.

Gläubigerversammlung der Bank für Hausbesitz, Handel und Gewerbe. In **Ludwigshafen a. Rh.** waren etwa 1600 Gläubiger der Bank für Hausbesitz, Handel und Gewerbe versammelt, die Aufschluß haben wollten über den gegenwärtigen Status der illiquid gewordenen Bank. Die fast **40prozentige Entwertung des Hausbesitzes** habe es mit sich gebracht, daß die Bank in die größten Schwierigkeiten geraten sei. Spekulationsgeschäfte habe die Bank nicht gemacht, so daß sich die Verwaltung heute vollkommen unschuldig an dem drohenden Zusammenbruch der Bank fühle. Direktor Köhler wies darauf hin, daß keinerlei unsauberen Machenschaften vorgekommen seien. Das Mitglied des Aufsichtsrates, Stadtrat Wiedemann, machte einige Vorschläge für das Weiterbestehen der Bank. Vor allem müsse der **Konkurs** verhütet werden, da sonst die Genossen nicht mit 200, sondern mit 400 *RM* herangezogen würden. Auch die Sparer würden nicht 85 Proz. ihrer einbezahlten Gelder bekommen, sondern bedeutend weniger. Im Anschluß an die Aussprache wurde ein Gläubigerausschuß als Kontrollorgan gebildet. Vor allem soll erreicht werden, daß, wie es zur Einleitung des gerichtlichen Verfahrens notwendig ist, mehr als die Hälfte der Genossen zu diesem Schritt ihre Zustimmung gibt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Stand der Badischen Bank vom 31. August 1931. **Aktiva:** Goldbestand 8 123 609 RM, deckungsfähige Devisen 808 052 RM, sonstige Wechsel und Schecks 17 026 120 RM, Deutsche Scheidemünzen 16 596 RM, Noten anderer Banken 6 796 340 RM, Lombardforderungen 1 249 100 RM, Wertpapiere 11 546 996 RM, sonstige Aktiva 27 188 383 RM. **Passiva:** Grundkapital 8 300 000 Reichsmark, Rücklagen 3 300 000 RM, Betrag der umlaufenden Noten 21 040 805 RM, sonstige tägliche fällige Verbindlichkeiten 13 040 805 RM, sonstige Passiva 2 201 951 RM, Verbindlichkeiten aus weiter begebenen im Inlande zahlbaren Wechseln 512 980 RM.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen (für die Pflege in der Familie) und Säuglings- und Kleinkinderschwestern (-krankenpflegerinnen).

I. Gemäß § 1 der Abschnitte I und II der Verordnung vom 30. September 1930, staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen (für die Pflege in der Familie) und Säuglings- und Kleinkinderschwestern (-krankenpflegerinnen) — Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 183 — werden nachstehende Anstalten für die Ausbildung von Säuglings- und Kleinkinderschwestern (-krankenpflegerinnen) und Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen (für die Pflege in der Familie) zugelassen:

1. Für die Ausbildung von Säuglings- und Kleinkinderschwestern (-krankenpflegerinnen) in zweijährigem Lehrgang:

a) die Universitätskinderklinik Freiburg i. Br.,
b) die Universitätskinderklinik Heidelberg,
c) das Kinderkrankenhaus Karlsruhe,
d) die Städtischen Krankenanstalten in Mannheim — Kinderabteilung —.

2. Für die Ausbildung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen (für die Pflege in der Familie) in einjährigem Lehrgang:

a) die oben unter I Ziffer 1 genannten Anstalten,
b) das St. Hedwigshaus in Freiburg i. Br.,
c) das Städt. Kinder- und Säuglingsheim in Karlsruhe,
d) das Städtische Säuglingsheim in Konstanz.

Außerdem werden das St. Augustinusheim in Freiburg i. Br., das Ev. Kinderheim Bethlehem in Freiburg i. Br., das Versorgungshaus für Mütter und Säuglinge in Heidelberg-Handschuhsheim und das Städt. Mütter- und Säuglingsheim in Pforzheim als Glieder von Arbeitsgemeinschaften mit den vorstehend unter I Ziffer 2 aufgeführten Anstalten zur Aufnahme von Schülerinnen zwecks Ausbildung am gesunden Säugling und Kleinkind während der ersten Hälfte des einjährigen Lehrgangs für Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen (für die Pflege in der Familie) zugelassen.

II. **Prüfungsstellen** im Sinne des § 2 der Abschnitte I und II der eingangs erwähnten Verordnung sind:

1. Für die staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderschwestern (-krankenpflegerinnen):

a) die Universitätskinderklinik Freiburg i. Br.,
b) die Universitätskinderklinik Heidelberg,
c) das Kinderkrankenhaus Karlsruhe,
d) die Städt. Krankenanstalten in Mannheim — Kinderabteilung —.

2. Für die staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen (für die Pflege in der Familie):

a) die Universitätskinderklinik Freiburg i. Br.,
b) die Universitätskinderklinik Heidelberg,
c) das Kinderkrankenhaus Karlsruhe,
d) die Städt. Krankenanstalten in Mannheim — Kinderabteilung —,
e) das St. Hedwigshaus in Freiburg i. Br. (ab 1. April 1932),
f) das Städt. Kinder- und Säuglingsheim Karlsruhe,
g) das Städtische Säuglingsheim Konstanz.

III. Gemäß den Paragraphen 2 der Abschnitte I und II obengenannter Verordnung werden an der vorstehend unter II Ziff. 1 und 2 aufgeführten 11 Anstalten Prüfungsausschüsse gebildet, denen folgende Mitglieder angehören:

1. Universitätskinderklinik Freiburg i. Br.

a) für die staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderschwestern (-krankenpflegerinnen):
als Leiter der Säuglingsschwesternschule
Professor Dr. **Noeggerath**,
als zweiter dem Prüfungsausschuß angehörender Arzt
Privatdozent Dr. **Nitschke**;

b) für die staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen (für die Pflege in der Familie):
als ärztlicher Leiter der Pflegeschule
Professor Dr. **Noeggerath**,
die Oberin (Lehrschwester) der Pflegeschule.

2. Universitätskinderklinik Heidelberg

a) für die staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderschwestern (-krankenpflegerinnen):
als Leiter der Säuglingsschwesternschule
Professor Dr. **Moro**,
als zweiter dem Prüfungsausschuß angehörender Arzt
Privatdozent Oberarzt Dr. **Keller**;

b) für die staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen (für die Pflege in der Familie):
als ärztlicher Leiter der Pflegeschule
Professor Dr. **Moro**,
die Oberin (Lehrschwester) der Pflegeschule.

3. Kinderkrankenhaus Karlsruhe

a) für die staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderschwestern (-krankenpflegerinnen):
als Leiter der Säuglingsschwesternschule
Professor Dr. **Luft**,
als zweiter dem Prüfungsausschuß angehörender Arzt
Oberarzt Dr. **Courtin**;

b) für die staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen (für die Pflege in der Familie):
als ärztlicher Leiter der Pflegeschule
Professor Dr. **Luft**,
die Oberin (Lehrschwester) der Pflegeschule.

4. Städtische Krankenanstalten in Mannheim — Kinderabteilung —

a) für die staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderschwestern (-krankenpflegerinnen):
als Leiter der Säuglingsschwesternschule
Professor Dr. **Frank**,
als zweiter dem Prüfungsausschuß angehörender Arzt
Dr. med. Thekla **Huperz**;

b) für die staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen (für die Pflege in der Familie).
als ärztlicher Leiter der Pflegeschule
Professor Dr. **Frank**,
die Oberin (Lehrschwester) der Pflegeschule.

5. St. Hedwigshaus Freiburg i. Br.
für die staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen (für die Pflege in der Familie):
als ärztlicher Leiter der Pflegeschule
Dr. **Friedberg**, Facharzt für Kinderkrankheiten,
die Oberin (Lehrschwester) der Pflegeschule.

6. Städt. Kinder- und Säuglingsheim Karlsruhe
für die staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen (für die Pflege in der Familie):
als ärztlicher Leiter der Pflegeschule
Dr. **Behrens**, Facharzt für Kinderkrankheiten,
die Oberin (Lehrschwester) der Pflegeschule.

7. Städt. Säuglingsheim Konstanz
für die staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen
als ärztlicher Leiter der Pflegeschule
Dr. **Rast**, Facharzt für Kinderkrankheiten,
die Oberin (Lehrschwester) der Pflegeschule.

Zum Vorsitzenden sämtlicher Prüfungsausschüsse wird der Medizinalreferent des Ministeriums des Innern, Ministerialrat Dr. **Kautzmann** ernannt; zu dessen Stellvertreter der jeweilige erste Bezirksarzt am Sitz der Prüfungsstelle.

IV. Gesuche um Zulassung zur staatlichen Prüfung sind unter Anschluß der in den §§ 4 der Abschnitte I und II obengenannter Verordnung aufgeführten Nachweise bei dem Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse, Ministerialrat Dr. **Kautzmann** in Karlsruhe, Ministerium des Innern, bis spätestens 15. September 1931 einzureichen.

Karlsruhe, den 3. September 1931.

Der Minister des Innern.
Maier.

Bekanntmachung.

Naturschutzgebiete.

Auf Antrag der Badischen Landes-Naturschutzstelle habe ich im Einvernehmen mit dem Geländeeigentümer die Reiherkolonie am Zwerrenberg bei Zwingenberg mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 zunächst auf die Dauer von 5 Jahren zum Naturschutzgebiet erklärt.

Dem Eigentümer bleibt das Recht einer etwa notwendig werdenden forstlichen Nutzung sowie das Jagdrecht im Umfang der bisherigen Handhabung vorbehalten. Im übrigen ist jeder Eingriff in die Bodengestaltung, Pflanzen- oder Tierwelt untersagt.

Karlsruhe, den 28. August 1931.

Der Minister des Kultus und Unterrichts.
Dr. Schmitt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Besetzung des Vorstands des Bad. Landesjugendamts.

Oberregierungsrat Paul **Huber** im Ministerium des Kultus und Unterrichts wurde zum Mitglied des Vorstands des Landesjugendamts ernannt.

Justizministerium:

Zur Ruhe gesetzt:

Kanzleiassistent Eduard **Beisch** beim Notariat Überlingen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Gestorben:

Gerichtsvollzieher Max **Herzog** beim Amtsgericht Durlach.

Finanzministerium:

— Wasser- und Straßenbaudirektion —

Versetzt:

Regierungsbaurat Max **Wunderlin** bei der Wasser- und Straßenbaudirektion zum Wasser- und Straßenbauamt Heidelberg.

Badische Bank
Mannheim — Karlsruhe
L.121
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Rudolff und Seebauer
Karlsruhe, Lammstr. 3. Tel. 1216
Das Haus der Qualitäts-Möbel
Beamtenbank-Abkommen

Nickel-Brillen ohne Glas von 1,— an
Zeiß-Punktal-Gläser u. N. G. Busch-Punktisten von **3,50 RM.** an
Theatergläser, Feldstecher, Sonnen- und Autobrillen.
Billige Preise! Reiche Auswahl? Beachten Sie meine Auslagen
Nur Kaiserstr. 247 am Kaiserplatz.
Ratenkaufabkommen.

Roll hat bei seiner **Wäsche**
Separat-Behandlung
Qualität
Rasenbleiche
L.391

Kehrbezirk I in Heidelberg betr.

Der freigewordene Kehrbezirk I Heidelberg, umfassend die Gebäude innerhalb der Grenzlinien gebildet durch den Neckar bis zum Krahnenplatz, Schiffgasse, Hauptstraße, Theaterstraße, Plöck und Westseite der Peterskirche bis zum Berg, wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungen sind bis **10. Oktober 1931** unter Anschluß der in § 2 der V.O. vom 29. November 1921 verlangten Unterlagen beim Bezirksamt Heidelberg einzureichen.

Heidelberg, den 25. August 1931. R.608

Bad. Bezirksamt II.

Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus
Sonntag, den 6. Sept. 1931
Nachmittags
Zu kleinen Preisen:
Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren
Singspiel von Fredy Raymond
Dirigent: Zilzer
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Löser, Jeßner, Ziegler, Lederer, Macher, Jank, Tubach, E. Rivinius, Mehner, H. Rivinius, Schneitz, Lindemann, Eich, Schnitzer, Pruscha, J. Sonntag, J. Sonntag
Anfang 15 Ende 17½
Preise 0,80—3,30 RM

Abends
Zu kleinen Preisen:
Die lustige Witwe
Operette von Franz Lehár
Dirigent: Zilzer
Regie: Reißner
Mitwirkende:
Löser, Jank, Macher, Jeßner, Hertenstein, Schneitz, Schnitzer, Mehner, Ziegler, H. Lindemann, E. Rivinius, Reißner, H. Rivinius, Cortiaux, Motschmann, Hellmuth, Tubach, E. Lindemann, Köhler
Anfang 19½ Ende 22¼
Preise 0,80—3,30 RM

Oeffentl. Sparkasse Haßmersheim

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Schulden	RM
1. Kassenbestand	3 007,49	1. Spareinlagen	155 139,62
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale usw. . .	2 382,80	2. Aufwertungseinlagen .	48 176,43
3. Darlehen auf Hypotheken	51 600,—	3. Rücklage: gesetzlicher Reservefonds	10 137,84
4. Darlehen auf Schuldschein	59 140,05	4. Reingewinn vom Jahre 1930.	4 428,13
5. Darlehen a. Gemeinden usw.	48 819,25		
6. Aufwertungsforderungen	44 494,17		
7. Aufwertungsverrechnungskonto	3 682,26		
8. Einnahmerückstände . .	4 751,—		
9. Gerätschaften	5,—		
	217 882,02		217 882,02

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8 % aus 155 139,— RM Einlagen . . . . = 12 411,12 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 . . 14 565,97 RM
somit mehr . . . 2 154,85 RM

Haßmersheim, den 2. September 1931. R.618

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Heck.
Der Rechner: Müßig.

VEREINSBANK KARLSRUHE
E. G. M. B. H.
BANK UND SPARKASSE
Aelteste Handwerker- und Mittelstands-Bank am Platze!
Geschäftshaus: Kreuzstraße 1
TELEPHON-NUMMER 6227—29
L.390

Druck G. Braun, Karlsruhe.